

# Bekennernemut gegen Fanfarenbläserei

## Die politikwissenschaftlichen Abhandlungen des Wilhelm Hennis

VON PATRICK HORST

Als „leer und konventionell“ hat er, der philosophisch tief Gebildete, am liebsten die politische Gegenwart des wiedervereinigten Deutschlands bezeichnet. Und an seiner eigentlichen Wirkungsstätte, der Universität, fühlt er sich „ortlos“, seitdem die Studentenrevolte über sie hinwegrollte und die alten Fakultäten einstampfte.

Solch eigenwillige Köpfe wie Wilhelm Hennis, den 76-jährigen emeritierten Freiburger Ordinarius für wissenschaftliche Politik, bringt die Universität kaum noch hervor. Nach dem Tode Theodor Eschenburgs ist Hennis der letzte große Politologe, dessen Stimme auch öffentlich gehört wird. Was seine Autorität ausmacht, veranschaulicht vielleicht am besten die folgende Begebenheit. Auf die Feststellung der „Zeit“, dass hinter Aushchwitz doch wohl kein Weg zurückführe, kontierte Hennis kürzlich im Interview: „Es führen einige

teil“ führte. Diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts machte in der noch jungen Bundesrepublik den Weg frei zur großzügigen Verankerung der Grundrechte, hier des Rechts auf freie Meinungsäußerung. In seinem am Ende dieses Buches abgedruckten, 1998 gehaltenen Vortrag über „Politikwissen als Beruf“ erzählte Erfahrung eines Fünfund-siebzehnjährigen“ resümierte Hennis nicht ohne Stolz den Anteil, den er an der Abschaffung des deutschen Obrigkeitstaates hatte: „Das alte deutsche Grundgebot: Das Betreten des Rasens ist verboten, galt nicht mehr absolut, seitdem darf man sogar Transparente mit mehr oder weniger sinnvollen Parolen mit sich führen.“

In den frühen sechziger Jahren, er war inzwischen Professor in Hamburg, trat Hennis mit seinem für die Regierungslehre grundlegenden Aufsatz „Richtlinienkompetenz und Regierungstechnik“ hervor. Schon der Titel macht deutlich, dass es ihm wirklich um eine „praktische Wissenschaft“ von der

Hennis hat sich nie gescheut, auch die persönlichen Defizite, die mangelnden Fähigkeiten und Tugenden der Regierenden einer schonungslosen Kritik zu unterziehen. Dass Ludwig Erhard gewisse Hemmungen im Umgang mit dem Telefon hatte, hörte er „mit Bedrückung“. An Kiesinger rügte er, dass dieser „laut in verfassungspolitischen Kategorien zu denken liebte“, aber „die rüde Blockierung der Wahlrechtsreform, die Legitimitätsbasis seines Kabinetts“ gelassen hinnahm (Hennis war lange Zeit ein entschiedener Befürworter des Mehrheitswahlrechts). Brandt warf er vieles vor, darunter die Tatsache, dass er mit seinem Slogan „Wir fangen erst richtig an“ und „Mehr Demokratie wagen“ die „Fanfarenbläserei“ in die deutsche Politik eingeführt habe. Auch der Regierungskunst Helmut Kohls stellte er in seiner leider nicht in diesen Band aufgenommenen „Todesrede des Perikles auf ein blühendes Land“ kein gutes Zeugnis aus: Auf Max Webers Diktum an-

chen mit dem Aufsatz „Parteienstruktur und Regierbarkeit“ von 1977 begnügen.

Wie jeder Wissenschaftler hat auch Hennis seine Steckenpferde. Waren dies früher besonders das Eintreten für das Mehrheitswahlrecht und seine immer wieder geäußerte Abneigung gegen die FDP, die er für den spezifisch deutschen „Koalitionsoportunismus“ verantwortlich machte, so sind dies seit 1990, dem Jahr der deutschen Einheit, vor allem die „Auswüchse des Exekutivföderalismus“ und die mangelhaften Qualitäten der politischen Elite. Seinen Aufsatz über die Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission hat er „Politik ohne Beruf“ überschrieben. Dass die politische Klasse die große Herausforderung der deutschen Einheit ungenutzt verstreichen ließ, nicht mit einem „neuen Denken“ beantwortete, hat ihn an der „Urteils- und Willenskraft“ der gegenwärtigen politischen Führungsschicht zweifeln lassen. Die Gemeinsamkeiten Verfassungskommission

zurück. Ausschwitz wird für immer am Weg unserer Geschichte liegen.“

Geschichtslosigkeit im Denken über Politik ist Hennis' Sache nicht, da will und kann er, dessen geistige Wurzeln tief im Grund der Antike, aber auch der älteren deutschen, noch „Verfassungssoziologie“ treibenden Staatsrechtslehre verankert sind, nicht mitmachen. Hennis gehörte auch zu denen, die die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg ablehnten. Ganz altmodisch und verfassungstreu nannte er ihn einen „Angriffskrieg“ und „Rechtsbruch“, mochte nicht glauben, dass erstmals in der Geschichte des Abendlandes ein Krieg „um der Menschenrechte willen“ geführt werden sollte.

Hennis steht, wo er auch auftaucht, quer zu den gängigen Meinungen. Nicht zufällig widmete Hennis seine erste kleinere Einzelabhandlung aus dem Jahre 1957 dem Thema „Meinungsforschung und repräsentative Demokratie“. Was die Demoskopien mit ihrem Instrumentarium an „öffentlicher Meinung“ ermitteln, hat für Hennis mit öffentlicher Meinung im klassischen Sinne nicht das Geringste zutun, ist vielmehr „gemeine Meinung“, ja der im Schutze der Anonymität gewonnene Querschnitt „privater“ Meinungen. Zur wahrhaft öffentlichen Meinung aber gehört für Hennis „ein Stück Bekennermut, ein wenig Bereitschaft des freien Mannes, seine Meinung öffentlich zu sagen“ – und diese beiden Fakten wie den Gegenmeinungen anderer zu überprüfen.

Diesen Bekennermut hat Hennis immer gehabt: In den fünfziger Jahren schrieb er für Erich Lüth, als dessen Aufruf zum Boykott des „Jud Süß“-Regisseurs Velt Harlan vom Hamburger Landgericht als „sittenwidrig“ verboten worden war, die hiergegen eingelegte Verfassungsbeschwerde, die im Januar 1958 zum so genannten „Lüth-Ur-

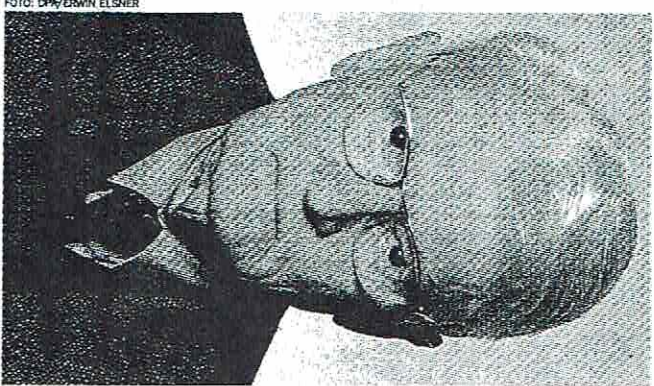


FOTO: G. WERMIN ELSNER

schon nicht Geschichte machen, so doch jedenfalls Politik“, hielt er zunehmendem Maße anschlückte, Strukturen und Funktionen politischer Systeme im Sinne einer modernen, angelsächsischen „political science“ zu untersuchen. Ein solches „szientistisches“ Wissenschaftsideal war ihm immer ein Gräuel, schien ihm viel zu sehr am Status quo orientiert, an dem, was ist und nicht an dem, was sein soll. Ihn dagegen bewegte die Frage nach der „guten Ordnung des Gemeinwesens“, nach dem „richtigen“ Handeln der Politiker und Bürger; ihnen Sitten und Tugenden (dazu schon 1957 der hübsche kleine Aufsatz „Das Modell des Bürgers“), Richard von Weizsäckers Frage am 23. Mai 1989: „Wir haben eine gute Verfassung, sind wir aber auch in guter Verfassung?“ war und ist die Leitfrage seines politischen und wissenschaftlichen Lebens.

Erziehung“ hinterlassen habe, endete Hennis seine Philippika mit den Worten: „Ich wünsche es wirklich nicht, dass man es auch von Helmut Kohl einmal sagen müsste.“

„Die deutsche Universität ist sterbenskrank, aber sie weiß nichts von ihrer Krankheit, will davon auch gar nichts wissen.“

Der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis

Auch wo Hennis nicht nach den persönlichen, sondern den institutionellen Bedingungen des Regierens im modernen Staat fragte, stieß und stößt er auf gemischte Gefühle bei den Objekten seiner Kritik. Parteien, manchmal auch Verbände und immer wieder Regierung und Parlament als die zentralen Institutionen im parlamentarischen Regierungssystem nahm er sich vor, wenn er nach den Ursachen politischer Blockaden im Getriebe der Bundesrepublik forschte. Vor allem „die Hypertrophie des Parteienstaats“, für ihn nicht zuletzt das Resultat eines falschen Demokratie- und Repräsentationsbegriffs, dessen ideengeschichtliche Stränge von Rousseau über Carl Schmitt und Gerhard Leibholz bis hin zu Jürgen Habermas reichen, ist ihm seit jeher ein Dorn im Auge. Seine schärfste Kritik an den Parteien hat er allerdings in publizistischen Artikeln geäußert, die bereits in sein 1998 veröffentlichtes Bändchen „Auf dem Weg in den Parteienstaat“ aufgenommen wurden. Im vorliegenden Buch muss sich der Leser im Wesentli-

Einfluss, den die Länderregierungen heutzutage auf das politische Leben der Bundesrepublik nehmen. Auch gegenüber seiner eigenen Institution, der Universität, hat Hennis nie mit Kritik gegeizt – getrennt dem Motto, dass in der Kritik die Bejahung liegt. Der wunder-schöne autobiografische Bericht, End- und Höhepunkt des Buches, gibt davon Rechenschaft: „Politikwissenschaft als Beruf!“ Der deutschen Universität bescheinigt Hennis, „sterbenskrank“ zu sein, „aber sie weiß von ihrer Krankheit nichts, will davon auch gar nichts wissen.“ Seit Mitte der sechziger Jahre stemmte sich Hennis gegen den Weg, den die Hochschulpolitik einschlug, stieß aber allerorten auf taube Ohren. Der Massenuniversität sei die Idee abhanden gekommen, die einmal hieß: „Die Wahrheit wird euch frei machen.“ Und das Zaubervort „interdisziplinär“? – „Dafür bekommt man Graduiertenkollegs nachgeworfen, aber es ist doch nur ein anderes Wort dafür, dass gleich mehrere ein Brett vor dem Kopf haben.“

Wir schließen mit einem Hennis-Zitat, das auch dies faszinierende Buch, das in den Bücherschrank eines jeden politisch Interessierten gehört, beschließt: „Der Geist ist ein Wähler. Wenn in der Universität für ihn kein Platz ist, wird er sich schon einen neuen Bau errichten. Jedenfalls bin ich ganz sicher, dass es immer wieder junge Menschen geben wird, denen die Möglichkeit aus dem Geist heraus zu leben, frei, niemandem untertan zu sein, das Allerwichtigste ist.“

Wilhelm Hennis:  
Regieren im modernen Staat.  
Politikwissenschaftliche Abhandlungen.  
Mohr Siebeck, Tübingen 1999.  
428 S., 148 Mark.

Patrick Horst ist Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft in Hamburg.